

FA 22

November 2022

Fraktion aktuell

SPD FRAKTION
IM RATHAUS
WIESBADEN 

HESSSEN

Zuhause in Wiesbaden:
Verwaltungsstandort erhalten &
Wohnen ermöglichen





Liebe Leserinnen und Leser!

➤ Das Thema Stadtentwicklung und Flächenverbrauch treibt die Emotionen in Wiesbaden hoch. Wir finden: Der Verwaltungsstandort Wiesbaden ist zu wichtig für die Stadt, um einfach zu sagen: soll die Polizei – BKA und Land – doch wo anders bauen. Als SPD legen wir großen Wert auf die folgenden drei Feststellungen:

1. Als Landeshauptstadt müssen wir ein Interesse daran haben, Bundes- und Landesinstitutionen, deren – oftmals gute bezahlte – Arbeitsplätze und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Familien in der Stadt zu halten.

2. Es gibt keine Vorfestlegung auf die Perspektivfläche West für die Unterbringung der Landespolizei. Auch andere Flächen müssen geprüft werden.

3. Eine zentrale Aufgabe von Kommunen ist die Schaffung von – bezahlbarem – Wohnraum. Menschen werden auch in Zukunft in die Städte ziehen. Auch die bereits vorhandenen Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum in der passenden Größe. Klima- und Naturschutz sind wichtig und Teil der Gesamtabwägung.

Deshalb hat die Stadtverordnetenversammlung klargestellt: das Land bekommt die notwendigen Flächen. Wo das sein wird, ist aber genau zu prüfen, insbesondere unter den Aspekt Klima und Umwelt.

➤ Beim Thema Wohnen gibt es eine positive Nachricht zu verkünden. Wir erhalten die Mietpreisbremse bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften für ein weiteres Jahr aufrecht. Damit entlasten wir Mieterinnen und Mieter in diesen herausfordernden Zeiten.

➤ ESWE Verkehr hat ein Imageproblem. Dazu trägt auch der neue Vorstoß der Geschäftsführung zum Sponsoring von Kultur- und Sportvereinen nicht unbedingt im positiven Sinne bei. Gerade die Werbung für die Anfahrt mit dem Bus oder zur Ausbildung neuer Fahrerinnen und Fahrer lassen sich gut mit öffentlichkeitswirksamer Werbung bei Veranstaltungen verbinden. Deswegen werden wir das Sponsoring auch in Zukunft erhalten.

➤ Mit der Ausstattung mobiler Endgeräte an Schulen stärken wir Zug um Zug nicht nur Schulen, sondern auch Schülerinnen und Schüler. Gerade die Coronazeit hat gezeigt, dass wir hier einen massiven Nachholbedarf haben. Perspektivisch können wir so auch die guten – im wahrsten Sinne des Wortes – alten Schulbücher ablösen und auch den Rücken unseres Nachwuchses schonen.

DR. HENDRIK SCHMEHL

Fraktionsvorsitzender





**WIESBADEN SOLL EIN WICHTIGER
VERWALTUNGSSTANDORT
BLEIBEN – NUR WOHNEN MIT DER
LANDESPOLIZEI?**

01



HESSEN ZUHAUSE IN WIESBADEN

Wiesbaden ist die Beamtenstadt, heißt es manchmal abschätzig. Doch ist allen klar: Der Verwaltungsstandort ist Teil der Identität Wiesbadens. Hier sitzen viele öffentliche Einrichtungen: BKA, Statistisches Bundesamt, Hessische Landesregierung und ihre Ministerien, Landespolizeibehörden und viele mehr.

Die Stadt profitiert von den unterschiedlichen Behörden. Die öffentliche Verwaltung stellt 32.000 Arbeitsplätze unterschiedlichster Qualifikationen zur Verfügung, über die Einkommenssteueranteile fließen Gelder in die Region und auch direkt in den städtischen Haushalt. Es werden Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben und nicht zuletzt: die öffentliche Verwaltung ist krisenresistent. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist sie eine wichtige lokale Stütze. Wir sollten also nicht den leichtfertigen Stimmen folgen, die sagen: Wiesbaden ist zu voll – lasst die Behörden wo anders ihre Arbeit machen.

Im Gegenteil: Wir wollen, dass das BKA und auch die Landespolizei in Wiesbaden bleiben können und die Stadt die dafür notwendigen Flächen bereitstellt. Denn das sind wir nicht zuletzt den Beschäftigten und ihren Familien ein gutes Stück weit schuldig. Denn für die haben wir uns in der Vergangenheit immer eingesetzt. Vor allem der Verlust der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit wäre ein Schlag für den Hochschulstandort Wiesbaden und damit auch die Attraktivität Wiesbadens für junge Menschen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir deshalb auf unseren Kooperationsantrag hin ein Bekenntnis für den Verwaltungsstandort beschlossen. Der Magistrat hat nun die Aufgabe, geeignete Flächen für die Zusammenlegung der Landespolizei zu suchen – das kann, muss aber nicht die Perspektivfläche West sein. Wir sind auch für andere Standorte offen und es ist gut, dass der Oberbürgermeister mit dem Petersweg eine weitere Fläche ins Spiel gebracht hat. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich eine geeignete Fläche anzubieten. Dazu gehören auch

die Aspekte Bodenqualität, Versiegelung und Klimaauswirkungen. Den optimalen Standort wird es nicht geben – es muss am Ende eine Abwägung der Interessen möglich sein. Und ja, auch das Land muss seine Hausaufgaben machen, was Baustandards und Flächenausnutzung angeht. Energetisch auf der Höhe der Zeit und flächenoptimiert. Fest steht für uns in jedem Fall: die öffentliche Verwaltung soll und muss weiterhin ein zentraler Bestandteil Wiesbadens bleiben.

Wir sehen den Vorschlag des Oberbürgermeisters zur Alternativenprüfung auch als Handreichung an die beiden ablehnenden Ortsbeiräte Schierstein und Dotzheim. Wir nehmen die Kritik an der Perspektivfläche West zur Kenntnis. Der Gedanke, dass man in den betroffenen Stadtteilen zumindest teilweise Recht haben könnte, ist uns nicht fremd. Dieser Gedanke gilt aber auch in die umgekehrte Richtung. Unsere Handreichung ist verbunden mit dem Wunsch, die absolut ablehnende Haltung der Ortsbeiräte nochmal zu überdenken. Zumindest mit Blick auf den Wohnraumbedarf und die bereits reduzierten Vorstellungen von bis zu 1.500 Wohnungen wäre das ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der uns an so vielen Stellen fehlt.



SPONSORING VON VEREINEN DURCH STÄDTISCHE UNTERNEHMEN

Die Nachricht kam für viele überraschend: Mitte Oktober teilte die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mit, fortan die Wiesbadener Sport- und Kulturvereine, darunter auch Profisportvereine wie den SV Wehen-Wiesbaden, Volleyball Club Wiesbaden (VCW) oder die Rhine River Rhinos, nicht weiter zu sponsern. ESWE Verkehr war bisher ein verlässlicher Partner für Wiesbadener Vereine. Nicht nur die überregional bekannten Vereine der Stadt wurden gesponsert. Auch viele kleine Sportvereine - so auch Spvgg. Sonnenberg als Austräger des Liliencups - konnten bisher fest mit der finanziellen Unterstützung rechnen.

ESWE Verkehr begründet den Rückzug aus dem Sponsoring mit verschiedenen Vorgaben, die enge rechtliche Grenzen setzen. Das Verkehrsunternehmen hat daraus die Konsequenz gezogen, sich gänzlich aus dem Sponsoring zurückzuziehen und nur noch Verträge einzugehen, welche sich auf die „Gewinnung von Mitarbeitern und Auszubildenden sowie die

Bekanntmachung und Nutzung von erweiterten Mobilitätsangeboten“ beziehen, wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Unser sportpolitischer Sprecher Michael David hält die rechtliche Einschätzung des Verkehrsunternehmens zumindest für fragwürdig und rechnet zugleich mit negativen Konsequenzen für die Wiesbadener Vereinswelt. Der VCW beispielsweise hat durch den Rückzug von ESWE Verkehr einen Hauptsponsor verloren und weitere Vereine auch aus dem Kulturbereich müssen nun ohne die Unterstützung des Wiesbadener Verkehrsunternehmens auskommen. Das darf so nicht passieren, es muss Planungssicherheit für die betroffenen Einrichtungen und eine rechtskonforme Möglichkeit für Sponsoring geben.

Aus unserer Sicht braucht es dringend Abhilfe. Das haben wir durch entsprechende Anträge im Sportausschuss und auch in der Stadtverordnetenversammlung deutlich gemacht. CDU und FDP wollten in der Stadtverord-

netenversammlung zunächst die zukünftige Förderung des Spitzensports ausschließen, was insbesondere bei den Volleyballerinnen den Bestand gefährden würde. Erst kurz vor der Sitzung wurde der Antrag - offenkundig gab es Kritik - noch schnell ausgetauscht und der Spitzensport doch mit aufgenommen. Wir als SPD haben daran nie einen Zweifel gehegt - während die CDU nun schon zum zweiten Mal nach dem Sportpark Rheinhöhe ins Schlingern gekommen ist. Erst sieht man es kritisch, dann ändert man doch noch seine Meinung. Der Kompass in der Sportpolitik ist dort offensichtlich verloren gegangen, wir als SPD haben weder am Sponsoring für Profisport noch an der Notwendigkeit des Sportparks Rheinhöhe je einen Zweifel gehegt. Auf uns können sich die Wiesbadener Sportvereine auch weiterhin verlassen. Wir wollen auch den Profisport unterstützen, damit es in Wiesbaden weiterhin attraktiven Ligabetrieb gibt. Das ist gut für die Nachwuchsarbeit und für das Image der Stadt.



**Die SPD unterstützt die
Suche nach Lösungen
für Vereine – die CDU
sucht ihren Kompass.**



MICHAEL DAVID,
SPORTPOLITISCHER SPRECHER

03

Weniger ist mehr: Die Mietpreisbremse für städtische Wohnungsbaugesellschaften entlastet Haushalte. Gleichzeitig investieren GWW und GeWeGe kräftig in energetische Sanierungen, um die Nebenkosten für Mieter*innen zu senken.

MIETPREISBREMSE WIRD VERLÄNGERT

Versprochen, gehalten und weitergemacht: Mieterhöhungen bei den städtischen Gesellschaften GWW und GeWeGe werden für ein weiteres Jahr auf maximal 1,66% gedeckelt, anstatt die gesetzliche Grenze von bis zu 5% auszureizen. Rund 10.000 Wohneinheiten sind in Wiesbaden davon betroffen.

Explodierende Mietkosten, die sich Normal- und Geringverdiener kaum noch leisten können, sind kein spezifisches Problem Wiesbadens. Fast alle Großstädte leiden unter der Anziehungskraft, die zu steigenden Mieten führt. Ein Teufelskreis entsteht: Steigende Mieten lassen den Mietspiegel steigen. Der wiederum ermöglicht es Vermietern, immer wieder die Miete zu erhöhen. Auf Kosten der Mieterinnen und Mieter.

Ein Allheilmittel gibt es für dieses Problem nicht. Viele Maßnahmen zusammen, von besseren Löhnen, über mehr Angebot, bis hin zu Mietpreisbremsen, können hier für Erleichterung sorgen. Mit 14.000 Wohneinheiten besitzt die Stadt rund 10 Prozent aller Wohnungen in Wiesbaden. Damit wirkt die Mietpreisbremse auf den gesamten Markt. Denn hinter jeder Miete, die nicht steigt, stehen Menschen, die ihr Geld für andere Dinge ausgeben können.

Steigende Kosten sind in diesem und wahrscheinlich auch im nächsten Jahr die großen sozialen Probleme. Eine Rückkehr zu deutlich höheren Mieterhöhungen bei GWW und GeWeGe wäre angesichts der hohen Inflation ein fatales Signal gewesen, betont unsere sozialpolitische Sprecherin Nadine Ruf.

Alles andere wäre angesichts der hohen Inflation auch ein fatales Signal gewesen. Überall bemühe man sich, die Kosten für Wohnen und Energie abzufedern. Da ist es nur konsequent und folgerichtig, die bereits seit 2020 laufende Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe um ein weiteres Jahr zu verlängern.

SPD-Sozialdezernent und Aufsichtsratsvorsitzender der städtischen Wohnungsbaugesellschaften Christoph Manjura betonte in der Sitzung des Sozialausschusses außerdem, dass keine Mieterinnen und Mieter städtischer Wohnungsgesellschaften mit einer Zwangsräumung rechnen müssten, falls sie ihre Nebenkosten nicht zahlen könnten. Man arbeite hier bereits seit geraumer Zeit mit

Ratenzahlungen und Energiesparberatungen und werde dies auch weiterhin tun.

Einher geht der Beschluss zur Verlängerung der Mietpreisbremse mit einer dauerhaften Reduktion der Gewinnausschüttung an die WVV-Holding und damit letztlich an den städtischen Haushalt. Damit werden die GWW und GeWeGe in ihren ambitionierten Neubauprogrammen sowie der enormen Herausforderung der energetischen Sanierung in den kommenden Jahren weiter gestärkt, was auch ein wichtiges Signal in Sachen Klimaschutz ist. Die beschlossene Sitzungsvorlage sieht vor, die Ausschüttung dauerhaft auf 1,5 Millionen Euro jährlich zu reduzieren. In den Jahren 2016 bis 2019 waren es noch 3,5 Millionen Euro jährlich.

Für die SPD-Rathausfraktion ist die Mietpreisbremse für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein wichtiger Baustein der vielen Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum. Ziel ist es, das Gewicht der öffentlichen Wohnungen zu nutzen, um insgesamt dämpfend auf den Mietspiegel einzuwirken. Dieser Effekt würde noch weiter verstärkt werden, wenn sich auch die Landesgesellschaften GWH und Nassauische Heimstätte endlich diesem Weg anschließen würden, ist sich Nadine Ruf sicher.





Nach den Sommerferien 2023 ist es soweit: Wiesbadener Schülerinnen und Schüler (SuS) der fünften Klasse können zukünftig mobile digitale Endgeräte (iPads) zur schulischen und privaten Nutzung erhalten. Die Eigenbeteiligung der Eltern wird bei subventionierten 10 € pro Monat liegen, alle Kinder mit Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 25 % der Kinder) werden die Geräte kostenfrei erhalten. Eine Versicherung ist jeweils berücksichtigt.

Als SPD-Fraktion haben wir dies in den Haushaltsberatungen möglich gemacht. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zu einer schnelleren Digitalisierung der Wiesbadener Schulen. Und da die Versorgung gerade auch für ärmere Kinder kostenfrei ist, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Gerade Familien mit vielen Kindern konnten bisher nicht sicherstellen, dass jedes Kind ein eigenes Endgerät hat.

Wichtig ist: Die Entscheidung zur Ausstattung wird in der Schule getroffen, Eltern können auf eine Teilnahme verzichten, wenn sie es wünschen.

Dank der mobilen Endgeräte in den Schulen, wird es allen SuS ermöglicht, digitale Lehr- und Lernprogramme sowie neue IT-Infrastrukturen, die bis zum Ende des 'Digitalpakts Schule' in allen Schulen Einzug halten, zu nutzen. Den teilnehmenden Schulen wird es so ermöglicht, ihre schulischen Medienbildungskonzepte bestmöglich umzusetzen und die digitale Bildung zu stärken

Insgesamt übernimmt die Stadt Wiesbaden damit eine Aufgabe, der sich das Land Hessen bisher hartnäckig verweigert hat. Auf den Eigenanteil der Eltern können wir mit Blick auf die Stadtfinanzen nicht verzichten, aber immerhin werden die Geräte deutlich subventioniert. Wir erwarten vom Land Hessen, dass es sich endlich um kostenfreie Endgeräte für alle SuS kümmert. Leider zeigt der Gesetzesentwurf zum Hessischen Schulgesetz genau in die andere Richtung: Nach dem Willen des CDU-Kultusministers Prof. Dr. Lorz soll festgeschrieben werden, dass mobile Endgeräte als wichtiger Baustein der Digitalisierung weiterhin mit Taschenrechnern, Geodreiecken und Zirkeln gleichgestellt werden und damit von den Eltern bezahlt werden müssen. Das halten wir für grundfalsch und weil sich das Land hier verweigert, müssen wir als Stadt einspringen.



THOMAS SCHWARZE
SCHULPOLITISCHER SPRECHER

DIGITAL LERNEN AB JAHRGANG 5!

04



WAS SONST NOCH BESCHLOSSEN WURDE

Nicht alles, was in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird, steht auch in der Zeitung. Dennoch ist jedes Projekt wichtig und zeigt, dass etwas in der Stadt vorangeht.

Wir haben Dir einige Projekte auf den Tagenordnungen II rausgesucht, die wir erwähnenswert finden. Mit einem **Klick auf das Bild**, wirst du direkt zur Vorlage in **PIWi**, dem **Politischen Informationssystem Wiesbaden**, weitergeleitet.



Verlängerung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe



1:1-Ausstattung Wiesbadener SuS mit mobilen digitalen Endgeräten ab dem Schuljahr 2022/2023 ab Jg. 5



Medienentwicklungsplan 3.0 – 2022 bis 2025 für die Wiesbadener Schulen



Kommunale Zuschussförderung im sozialen Mietwohnungsbau



Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90



Bürgerbeteiligung: Prozessoptimierung Information der Bürgerschaft



Austausch des Kunstrasenplatzes auf dem Sportplatz Erbenheim



Generalsanierung der Sporthalle „Hans-Jürgen Portmann-Halle“



Bebauungsplan „Nauroder Straße (B 455) - Bauabschnitt Süd - zwischen Bierstadter Höhe und Siedlung An den Fichten“



Landesprogramm Zukunft Innenstadt 2022 - Biebrich



Projekt meinRad - ESWE Verkehr



Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für die Jahre 2020/2021



NÄCHSTE STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG AM 15.12.2022.

VERSPROCHEN, GEHALTEN!

DIE NEUE RETTUNGSWACHE 3 IN IGSTADT ERÖFFNET!



Fotos: Roman Bradler

Impressum

SPD-Stadtverordnetenfraktion

V.i.S.d.P: Dr. Hendrik Schmehl

Gestaltung: Alexander Hofmann

Portraitfotos: ©Angelika Aschenbach

Schlossplatz 6

65183 Wiesbaden

www.spd-wiesbaden.de

www.facebook.com/spdwiesbaden

www.instagram.com/spd_wiesbaden

SPD FRAKTION
IM RATHAUS
WIESBADEN 